Ministerium für Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen



Der Minister

Ministerium für Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen 40190 Düsseldorf

√ Juli 2017
Seite 1 von 2

Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen Herrn André Kuper MdL Platz des Landtags 1 40221 Düsseldorf

Aktenzeichen (bei Antwort bitte angeben) III.1-07-04/681

Telefon 0211 3843-3843-3214

Kleine Anfrage 16 der Abgeordneten Elisabeth Müller-Witt der Fraktion der SPD "Ausbau der L 239" LT-Drs. 17/47

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

namens der Landesregierung beantworte ich die Kleine Anfrage 16 im Einvernehmen mit der Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz wie folgt:

1. Ist ein Planfeststellungsverfahren für diesen Streckenabschnitt erforderlich?

Wie bereits in der Antwort vom 23.03.2017 zur Kleinen Anfrage 5651 (Drs. 16/14628) ausgeführt, wurden auf zwei Abschnitten der L 239 zwischen der A 44 Anschlussstelle Ratingen-Schwarzbach und dem Überführungsbauwerk A 3 im Bereich der Schwarzbachbrücke und im Bereich einer Hangsicherung bereits Sanierungsmaßnahmen vorgenommen. Nunmehr sollen die übrigen drei Abschnitte der Gesamtstrecke mit Erhaltungsmaßnahmen verkehrsgerecht ertüchtigt werden. Die laufenden Bauvorbereitungen haben gezeigt, dass dazu ein Planfeststellungsverfahren erforderlich ist. Dieses soll so schnell wie möglich eingeleitet und abgeschlossen werden.

Dienstgebäude und Lieferanschrift: Jürgensplatz 1 40219 Düsseldorf Telefon 0211 3843-0 Telefax 0211 3843-9110 poststelle@mbwsv.nrw.de www.mbwsv.nrw.de

2. Ist Grunderwerb zur Umsetzung der Maßnahme notwendig?

Öffentliche Verkehrsmittel: Straßenbahnlinien 706, 708, 709 bis Haltestelle Landtag/Kniebrücke

Ja.

- 3. Ist beabsichtigt die nötigen Haushaltsmittel kurzfristig mit Priorität zu etatisieren?
- 4. Ist eine Zeitschiene zur Umsetzung der Maßnahme veranschlagt und wenn ja, welche?

Die Fragen 3. und 4. werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Die Zeitschiene hängt maßgeblich vom Verlauf des noch durchzuführenden Planfeststellungsverfahrens ab. Sobald das Baurecht vorliegt, wird die Maßnahme in das Landesstraßenerhaltungsprogramm aufgenommen, so dass die erforderlichen Haushaltsmittel aus dem Titel 777 11 "Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen" bereitgestellt werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Hendrik Wüst